

Stand: 04.02.2026 09:00:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3260

"Evaluierung der Düngeverordnung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3260 vom 18.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4045 des LA vom 23.10.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 03.12.2024
4. Beschluss des Plenums 19/4668 vom 22.01.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 22.01.2025



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Evaluierung der Düngeverordnung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, um die Belastungen der bayerischen Landwirtschaft in Bezug auf die Düngeverordnung und der damit im Zusammenhang stehenden Festsetzung von „roten“ und „gelben“ Gebieten zu ermitteln. Dabei ist auf folgende Aspekte einzugehen:

1. Summierung der wirtschaftlichen Schäden, die der bayerischen Landwirtschaft durch Bewirtschaftungsauflagen entstanden sind
2. Neuüberprüfung des Verursacherprinzips im Hinblick auf die tatsächlichen Einträge der Landwirtschaft
3. Auswirkungen von Bewirtschaftungseinschränkungen auf die langfristige Flächenbewirtschaftung in Bayern und Evaluation der Düngeverordnung

Begründung:

Durch die mehrfache Verschärfung der Bestimmungen zur Nitrateinbringung wurde die landwirtschaftliche Tätigkeit in Bayern erheblich erschwert. Damit im Zusammenhang stehen höhere Auflagen, niedrigere Realeinkommen und eine unrechtmäßige Stigmatisierung unserer Lebensmittelproduzenten als Umweltverschmutzer.

Langfristig drohen zudem Fruchtbarkeitseinbußen der Böden, da ein Mangel an Nitrat bzw. Stickstoff zu Wachstumsstörungen und schlechten Erträgen führt. Da bayerische Landwirte ohnehin einem wachsenden internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, führen die geltenden Bestimmungen zu vermehrten Betriebsaufgaben und somit letztlich zu einer Verödung wertvoller Nutzflächen.

2024 wurde zudem eine Evaluierung der EU-Kommission angestoßen, bei der bewertet werden soll, ob die Nitratrichtlinie weiterhin ihren Zweck erfüllt und zu einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft sowie zur Ernährungssicherheit beiträgt. Auch in diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Bayern bereit ist, einen fundierten Beitrag zu leisten und die Landwirtschaft vor ausufernden politischen Forderungen zu schützen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/3260**

Evaluierung der Düngeverordnung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ralf Stadler**
Mitberichterstatter: **Nikolaus Kraus**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 23. Oktober 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bauwirtschaft krisen- und zukunftsorientiert machen!
Drs. 19/2543, 19/4058 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bericht zu aktuellen Düngeversuchen aufgrund der 2025 in Kraft
tretenden Düngeverordnung und dem Stand der Dünge-App
Drs. 19/3181, 19/4043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerns Landwirtschaft braucht ein stabiles Lebensmittelhandwerk I:
Betriebsschließung beim Bäcker und Metzger um die Ecke verhindern –
Nachwuchs- und Fachkräfteoffensive jetzt starten!
Drs. 19/3183, 19/4065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerns Landwirtschaft braucht ein stabiles Lebensmittelhandwerk II:
Regionale Wirtschaftskreisläufe und Trinkwasserschutz stärken –
Wasserschutz-Weizen-Initiative zum zehnjährigen Jubiläum ausweiten
Drs. 19/3184, 19/3775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerns Landwirtschaft braucht ein stabiles Lebensmittelhandwerk III:
Klimawandelbedingte Ernteausfälle verhindern – Einkommens- und Versorgungssicherheit erhalten!
Drs. 19/3185, 19/3696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Fischwilderei ist kein Kavaliersdelikt: Bayerische Fischereiverbände beim Eindämmen der zunehmenden Fischwilderei unterstützen
Drs. 19/3190, 19/4044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Evaluierung der Düngeverordnung
Drs. 19/3260, 19/4045 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Berufliche Orientierung an bayerischen Schulen
Drs. 19/3268, 19/4009 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Bericht zur Ausbreitung invasiver Stechmückenarten in Bayern
Drs. 19/3269, 19/4051 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Genderverbot an bayerischen Schulen effektiv durchsetzen!
Drs. 19/3326, 19/4010 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Gewalt an Schulen entschieden entgegentreten!
Drs. 19/3327, 19/4011 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Bahnausbau im Nordosten Bayerns beschleunigen – Verbindung nach Tschechien verbessern!
Drs. 19/3341, 19/4059 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landwirtschaft in Trockenlagen – alle Forschungsarbeiten weiterführen
Drs. 19/3343, 19/4046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum europäischen Hochwasser- und Katastrophenschutz in Mittel- und Osteuropa
Drs. 19/3344, 19/4016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Betriebsaufgaben durch verschärfte Regelungen zur Anbindehaltung verhindern, Hilfspaket für betroffene Tierhalter schnell auf den Weg bringen!
Drs. 19/3345, 19/4047 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulen auf Partnerinnen- und Partnersuche: Wer passt ins Kollegium? – Mit mehr Eigenverantwortung zur Traumbesetzung!
Drs. 19/3349, 19/4012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zusammenhalt stärken! Runden Tisch der Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten
Drs. 19/3422, 19/4013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

18. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung I: Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung stärken
Drs. 19/3446, 19/3876 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung II: Eingliederungshilfe stärken - Familien von Menschen mit Behinderung bei der Wohnplatzsuche besser unterstützen
Drs. 19/3447, 19/3877 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/3448, 19/3999 (E)

Auf Antrag der CSU-Fraktion
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Attraktivität: Vergütung der Heilmittelerbringer regionalisieren
Drs. 19/3449, 19/4052 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	----------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Horst Arnold u.a. SPD
Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung
Drs. 19/3462, 19/4000 (E)

Auf **Antrag** der CSU-Fraktion
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Holger Grießhammer u.a. SPD
Erntezzeit für Antworten: Staatsregierung muss BayWa-Krise erklären
Drs. 19/3465, 19/4066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

24. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Fachgespräch über die Möglichkeiten des Bürokratieabbaus in der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 19/3471, 19/4048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

25. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Igel-Retter belohnen – Bayerisches Förderprogramm für ehrenamtliche Tierschützer auflegen
Drs. 19/3472, 19/3932 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Igel in Gefahr: Mähroboter verpflichtend kennzeichnen!
Drs. 19/3485, 19/3933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Gemeinden nicht im Regen stehen lassen!
Fördersätze für kommunalen Hochwasserschutz anpassen!
Drs. 19/3489, 19/3934 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. FREIE WÄHLER, Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Elektronische Aufenthaltsüberwachung:
Für einen effektiven Schutz bei häuslicher Gewalt
Drs. 19/3500, 19/3971 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag des Abgeordneten Markus Striedl AfD
Sitzplatzkapazität in Zügen an Oktoberfest-Wochenenden erhöhen!
Drs. 19/3508, 19/4057 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner,
Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Eigenschutz für bayerische Polizeibeamte bei Messerangriffen –
Sofortige Anschaffung von Schnittschutzschals
Drs. 19/3517, 19/3970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überarbeitung der Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien zum 01.01.2025
Drs. 19/3518, 19/3916 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschädlichkeit staatlicher Beihilfen
Drs. 19/3570, 19/3935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kreativität im ländlichen Raum stärken:
Mikroförderung für Kulturprojekte prüfen!
Drs. 19/3571, 19/4064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturförderung verstetigen – steigende Personalkosten berücksichtigen
Drs. 19/3572, 19/4049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerisches Geld für bayerische Innovationen –
Perspektiven für Lilium erarbeiten
Drs. 19/3605, 19/4050 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fakten statt Fake News: Betrieb des Bayerischen Rundfunks sicherstellen – Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag umgehend auf den Weg bringen!
Drs. 19/3606, 19/4063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Mauer durch München! Für einen Ausbau der Bahnstrecke Daglfing-Johanneskirchen im Tunnel
Drs. 19/3607, 19/4060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung: Gemeinsam gegen Antiziganismus in der EU
Drs. 19/3622, 19/4017 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verzögerungen bei Ausschreibungen der
Bayerischen Eisenbahngesellschaft
Drs. 19/3658, 19/4061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachgespräch zur Verbesserung der Qualität von Schienenersatzverkehren
Drs. 19/3659, 19/4062 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahlf u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsregister für Pflegefachpersonen:
Umsetzung bei der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 19/3662, 19/4053 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



**Beschluss
des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/3260, 19/4045

Evaluierung der Düngeverordnung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Martin Böhm

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Ruth Müller

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Evaluierung der Düngeverordnung (Drs. 19/3260)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fordern die Staatsregierung auf, eine Studie in Auftrag zu geben, um die Belastung der bayerischen Landwirte in Bezug auf die seit 2017 bestehende Düngeverordnung zu ermitteln. Die derzeitige Düngeverordnung steht aus unserer Sicht zu Recht in der Kritik. Immer mehr Landwirte beklagen nicht nur die wirtschaftliche Belastung, sondern auch die langfristigen Schäden an ihren Flächen. Diese Verordnung, wie sie momentan existiert, verkennt die Realität vor Ort und ignoriert die Bedürfnisse unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Meine sehr verehrten Kollegen, es ist untragbar, dass wichtige Stimmen aus der Landwirtschaft bis heute ignoriert werden. Vor allem im Wettbewerb mit unseren Nachbarländern ist die Düngeverordnung ein dauerhaftes Ärgernis.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch der Verbraucher bekommt die Auswirkungen der verschärften Düngeauflagen zu spüren; zum Beispiel die Preisexplosion bei Milchprodukten sowie die sinkende Qualität des Getreides. Für den Futterweizen bekommt der Erzeuger circa 50 Euro weniger pro Tonne als für Qualitätsweizen.

Der Vorsitzende des Metro-Konzerns, Steffen Greubel, warnte vor Kurzem, dass die langfristige Verfügbarkeit von Lebensmitteln zu einer zentralen Aufgabe werde. Er äußerte sich wie folgt: "Die Frage, ob ausreichend Waren zur Verfügung stehen, wird Europa mehr beschäftigen als die Preisgestaltung." – Er sagt, die Produzenten müssten unterstützt werden, damit sie ihre Waren weiterhin ausreichend zur Verfügung haben.

Greubel sagte weiter: "Die steigenden Kosten bei Butter sind eine direkte Folge sinkender Milchqualität." – Der Grund dafür ist klar: Weniger Rinder und ein schlechteres Futter – hervorgerufen durch geänderte Düngevorschriften, die zu einer Milch mit geringerem Fettgehalt führen.

Wir, die AfD, halten es für dringend notwendig, dass die Staatsregierung hier aktiv wird. Es muss Folgendes geprüft werden:

Erstens. Die wirtschaftlichen Schäden, die den Landwirten durch die Bewirtschaftungsauflagen entstanden sind.

Zweitens. Die Neuüberprüfung des Verursacherprinzips im Hinblick auf die tatsächlichen Einträge der Landwirtschaft.

Drittens. Die Auswirkungen der Einschränkungen auf die langfristige Flächenbewirtschaftung und die Evaluierung der Düngeverordnung.

Um Qualitätsweizen zu erzeugen, muss ein Proteingehalt von mindestens 13 % erreicht werden. Dieser Wert ist nur zu erreichen, wenn der Landwirt die Pflanzen bedarfsgerecht ernährt und ausreichend Stickstoff zuführt. Dies ist mit der Düngeverordnung in vielen Fällen nicht mehr möglich. Die zollfreien Importe von Getreide aus der Ukraine sind ein weiteres Problem unserer Landwirte. Hier wird mit Substanzen gedüngt, die seit Jahrzehnten bei uns verboten sind.

In einigen Fällen ist die Landwirtschaft nicht der Grund für das Auftreten von erhöhten Werten. Oft sind auch andere Verursacher verantwortlich, wie zum Beispiel nahe gelegene Mülldeponien oder alte, verschüttete Müllhalden. Wir wollen eine Neuüberprü-

fung des Verursacherprinzips. Die bisher erfassten Nitratdaten sind wenig aussagekräftig, da die Messstellen nicht repräsentativ aufgestellt sind. Unsere Nachbarländer waren hier schlauer.

Überprüft werden muss auch, wie sich die überbürokratische und unverhältnismäßige Düngeverordnung langfristig auswirkt. Übrigens fehlt bislang immer noch ein umfassender Bericht, und sachlich betrachtet führt die derzeitige Gesetzgebung zu einer Stagnation. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirte wird untergraben, die Erträge sinken und die ökologische Nachhaltigkeit wird zerstört. Vor allem in Bayern wurden sehr viele rote Gebiete ausgewiesen. Nur durch eine konkrete Analyse können wir die Kosten der Düngeverordnung abwägen und ein System schaffen, das sowohl der Wirtschaft als auch der Umwelt gerecht wird. Dies sollte doch im Interesse aller sein, meine sehr verehrten Kollegen.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Petra Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur einmal zur Klarstellung: Der Titel dieses Antrages lautet "Evaluierung der Düngeverordnung". Lieber Herr Kollege Meußgeier, ich bin erstaunt, welche Zusammenhänge Sie hergestellt haben. Die nahe gelegene Müllhalde, die Milchpreisentwicklung und die Ukraine-Importe führen Sie auf die fehlende Evaluierung der Düngeverordnung zurück. Es ist zwar schon spät, aber lassen Sie mich trotzdem zum Thema zurückkommen. Vielleicht trägt es ja etwas zur Sachlichkeit bei.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass die Evaluierung der EU-Nitratrichtlinie und die Evaluierung der Düngeverordnung bereits erfolgen. Bei der Evaluierung der Nitrat-

richtlinie steht die EU-Kommission im Austausch mit dem Bund. Der Bund wiederum hat die Evaluierung der Düngeverordnung in Auftrag gegeben. Uns allen ist ein Begriff, dass die Monitoringverordnung auf den Weg gebracht wurde.

Mit Ihrem Antrag suggerieren Sie – und das ist wohl die eigentliche Intention dieses Antrages –, dass die bayerische Landwirtschaft durch die Bewirtschaftungsauflagen aufgrund der Düngeverordnung erhebliche wirtschaftliche Schäden erleidet. Fakt ist, dass die Erträge in Bayern seit den Neunzigerjahren ein hohes Ertragsplateau erreicht haben, zum Beispiel bei Getreide. Fakt ist auch, dass sich die Reduktion der Stickstoffdüngung, die hier gefordert wird, nicht auf die Einzelfläche bezieht, sondern auf den Gesamtbetrieb. Somit ist die Gestaltungsmöglichkeit des Betriebes wieder gegeben, auf welchen Kulturen er die 20 % einsparen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag wird unserer bayerischen Landwirtschaft jeglicher Sachverständ abgesprochen. Die Landwirte wissen, wie sie sach- und fachgerecht düngen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Devise, je mehr, umso besser, hat noch nie funktioniert. Die Landwirte sind vom Fach, und entsprechend der guten landwirtschaftlichen Praxis führen sie seit vielen Jahren die sogenannte Düngebedarfsermittlung durch, in der sie vor der Saison je nach Fruchtart, Ertragserwartung, Stickstoffgehalt im Boden, Vor- und Zwischenfrucht sowie Stickstoffnachlieferung aus der organischen Düngung genau berechnen, was eingebracht werden darf und was nicht. Die Landwirte können das, und die Landwirte tun das. Sie sprechen von einem desaströsen Ertragsrückgang. 5 % bei einem Ertrag von rund 75 Dezitonnen pro Hektar sind 3,75 Dezitonnen pro Hektar.

Lassen Sie mich zum eigentlichen Sinn und Zweck dieser Düngeverordnung kommen. Dieser ist der Gewässerschutz. Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes weist zu Recht darauf hin, dass die Düngeverordnung mit der Ausweisung der roten Gebiete die Interessen des Gewässerschutzes berücksichtigt. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, unsere Landwirte wollen doch die Letzten sein, die unser Trinkwasser gefährden und dafür Verantwortung tragen, dass eine kostenintensive Nachbehandlung des Trinkwassers erforderlich ist!

All das, was Sie hier vorgebracht haben, weist ein Untergangsszenario aus. Ich vermisste den Ausblick in die Zukunft. Wir wissen, dass derzeit die 1.500 Messstellen auf den Weg gebracht werden, die eine Neuausweisung durch mehr Datenqualität ermöglichen. Wir wissen auch, dass sich unsere Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene intensiv und wiederholt dafür eingesetzt hat, dass eine Maßnahmendifferenzierung stattfindet und gewässerschonend wirtschaftende Betriebe mit Ausnahmen rechnen können. Ich finde keinen Zusammenhang mit der Müllhalde, dem steigenden Milchpreis und Getreideimporten.

Wir haben diesen Antrag im Ausschuss intensiv diskutiert und werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Meußgeier vor.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich finde es ein bisschen komisch, wenn Sie hier mit diesen Argumenten kommen. Ich wollte eigentlich nur aufzählen, mit welchen Problemen unsere Landwirte draußen zu kämpfen haben, übrigens auch mit der Düngeverordnung. Die Aussage zu den Müllhalden ist stimmig, weil, wenn eine Müllhalde in dem Bereich liegt, wo sich eine Messstelle befindet, das auch den Nitratwert verändern kann. Das wollte ich damit aufzeigen.

Ich wollte den Landwirten nicht die Kompetenz absprechen, dass sie ihre Böden selbst düngen können. Nur stehen unsere Landwirte in Konkurrenz mit den Nachbarländern, und das ist für viele Landwirte mittlerweile ein Problem. Ich unterhalte mich bei mir im Gebiet mit vielen Landwirten. Diese haben im Moment alle mit den Getrei-

deeinführungen aus der Ukraine zu kämpfen. Das Preisdumping, das hier im Moment stattfindet, stört die Landwirte.

Dr. Petra Loibl (CSU): Lieber Herr Kollege, danke für Ihr Korreferat. Ich kann Ihnen versichern, ich weiß auch, worum es bei den roten Gebieten geht. Unser landwirtschaftlicher Betrieb hat zu 100 % rote Gebiete. Sie wollen mit Ihrem Antrag aber eigentlich nicht eine Evaluierung der Düngeverordnung erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Paul Knoblach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der GRÜNEN wird dem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass es der AfD bei diesem Antrag wie auch bei vielen anderen nicht wirklich um Sachpolitik und auch hier nicht um eine Evaluierung der Düngeverordnung geht, sondern um den Versuch, sich kurz vor einer Wahl noch einmal bei den wichtigen Menschen in der Landwirtschaft beliebt zu machen.

Tatsache ist, diese Düngeverordnung wurde nicht ohne Grund geschaffen, sondern sie erfüllt einen wichtigen Zweck. Es geht um nicht weniger als um den Schutz des Grundwassers. Eine weitere Tatsache ist, dass die Belastung des Grundwassers in Bayern an manchen Orten leider immer noch zu hoch ist. Das liegt nun einmal in erster Linie daran, dass Düngemittel nicht ordnungsgemäß und doch in zu hoher Menge ausgebracht wurden. Dabei möchte ich aber auch festhalten, dass das Bewusstsein für diese Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben in den letzten Jahren sehr gestiegen ist. Es gibt Verbesserungen, aber diese reichen noch nicht aus; da ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sauberes Grundwasser ist nun einmal das wichtigste Lebensmittel, das wir haben. Wir können nicht darauf verzichten. Deshalb wollen und können wir auch nicht darauf verzichten, mit entsprechendem Handwerkszeug die Werte zu überwachen und mit der Düngeverordnung dafür zu sorgen, dass mit Düngemitteln verantwortungsbewusst umgegangen wird. Diese Regeln gelten übrigens nicht nur in Bayern, sondern in allen Bundesländern und in allen EU-Nachbarländern.

Die AfD fordert jetzt eine Studie, die untersuchen soll, wo die Schäden dieser Verordnung für die Landwirtschaft liegen und wie hoch sie sind. Für mich und ebenso für meine Fraktion steht fest, dass wir uns das Geld für eine solche Studie sparen können; denn dass unser Grundwasser mancherorts deutlich stärker belastet ist, als es uns recht sein kann, wurde von neutralen Expertinnen und Experten festgestellt. Über von der Wissenschaft festgesetzte Grenzwerte müssen wir wirklich keine Studien mehr veranlassen. Das Verursacherprinzip überprüfen zu lassen, macht ebenfalls keinen Sinn; denn die Messstellen, von denen es jetzt endlich auch eine wesentlich höhere Zahl gibt, sprechen eine deutliche Sprache. Diese Ansicht teilt mittlerweile auch der Bayerische Bauernverband.

Die AfD stellt die Forderung auf, die wirtschaftlichen Schäden zu errechnen, die den bäuerlichen Betrieben durch die Auflagen der Verordnung entstehen. Hier kann ich nur klarstellen, dass Landwirtschaft langfristig denkt. Bei mir, in meiner Familie sind das schlappe 400 Jahre. Gerade die Landwirtinnen und Landwirte brauchen sauberes Wasser und gesunde Böden; denn diese beiden Faktoren sind unverzichtbar und tragen dazu bei, dass es in ausreichender Menge gesunde Nahrungsmittel gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die AfD jetzt behauptet, dass die Düngeverordnung – ich zitiere – Landwirte zu Unrecht als Umweltverschmutzer stigmatisiert, dann ist das eine glatte Verdrehung der Tatsachen. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Jeder bäuerliche Betrieb, der die Grenzwerte einhält – und das sind wirklich sehr viele –, leistet einen großen Beitrag

zum Schutz unseres Wassers und unserer Umwelt. Alle diese Betriebe haben bei uns GRÜNEN höchste Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt noch – das ist offenbar an Ihnen, der AfD, vorbeigegangen –, dass Pflanzenzucht- und Landwirtschaftsberatungen seit Jahren ihre Düngeempfehlungen senken. Dennoch sind die Erträge, wie schon von der Kollegin ausgeführt, sogar gestiegen. Das wissen alle außerhalb des rechten bis rechtsextremen Spektrums. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Böhm vor.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Kollege Knoblauch, erst einmal herzlichen Glückwunsch, dass die Familie 400 Jahre lang ohne Nitratmessstellen gut zurechtgekommen ist, wie es nämlich bei anständigen Bauern auch heute noch der Fall ist.

Ich will auf etwas eingehen, das mir zwei Auslandsreisen gezeigt haben. Der Kollege Gotthardt war bei beiden Reisen dabei und wird es bestätigen können. Einmal waren wir in Bulgarien, einmal in Polen. Dort habe ich jeweils Männern Fragen gestellt, die von der Position her mit einem Bezirkstagspräsidenten bei uns vergleichbar sind. Ich habe immer nach Nitratmessstellen gefragt und danach, wie viele es bei ihnen in der Woiwodschaft gibt. Die erschreckende Antwort war: gar keine; denn sie wussten überhaupt nicht, was Nitratmessstellen sind. Das sind Tatsachen. Mehrere Mitreisende der Ausschussreisen können Ihnen bestätigen, dass es so war. Da stellt sich mir die Frage, warum in Deutschland und in Bayern Bauern mit Nitratmessstellen gequält werden und man in anderen Ländern, gleich neben uns, noch nicht einmal weiß, was das ist. Wie können Sie sich das erklären?

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege, ich bestehe nicht darauf, dass Sie mich weiterhin als geschätzten Herrn Kollegen bezeichnen. Wenn Sie das lassen, bin ich Ihnen nicht böse, im Gegenteil. Mir geht es mit Ihnen nämlich ähnlich.

Warum macht Bulgarien Dinge anders als wir? – Ich bin nicht davon überzeugt, dass Sie da recht haben. Wie wir beide wissen, ist Bulgarien ein EU-Nachbarland. Manche Dinge mögen anders als bei uns geregelt sein. Aber das Land Bulgarien unterliegt demselben Recht wie wir in Bayern und in Deutschland. Ich bin sicher, dass es in Bulgarien Messstellen gibt. Womöglich nennen sie sie, wie wir auch, nicht Nitratmessstellen, sondern Grundwassermessstellen. Bulgarien ist genauso auf sauberes Wasser angewiesen wie wir alle hier.

Noch eines zu Ihrem Wissen: Unsere Landesanstalt für Landwirtschaft, eine hervorragende Einrichtung des Freistaats, hat in Versuchen nachgewiesen, dass eine circa zwanzigprozentige Reduzierung der Düngemittelzufuhr –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Paul Knoblach (GRÜNE): – hier in Bayern immer noch gute Erträge bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Geschätztes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde – das sind wir nicht mehr gewohnt – ein AfD-Antrag zum Thema "Evaluierung der Düngeverordnung". Diesen Antrag hatten wir im September schon im Ausschuss, und es wird niemanden verwundern, dass wir den Antrag auch heute wieder ablehnen werden. Eigentlich ist es ganz einfach, das Protokoll der Ausschusssitzung zu lesen; denn da steht alles drin. Ich habe das Protokoll gelesen, und es steht sogar darin, dass der Kollege Ralf Stadler gesagt hat, Bayern macht eh schon

sehr viele Dinge; wir sind da auf einem guten Weg. – Zumindest habe ich das im Protokoll gelesen. Das zeigt auch, dass wir wirklich vorbildlich arbeiten.

Darüber, dass das Thema kompliziert ist, braucht man natürlich nicht zu reden. Meine Kollegen haben schon viel angesprochen. Wenn man jetzt wirklich 20 % in den roten Gebieten reduzieren würde, hätte man vier bis fünf Doppelzentner oder vier bis fünf Prozent oder je nach den Höchstlagen Ertragseinbußen. Natürlich wissen wir alle, dass wir Qualität erzeugen müssen – für den Handel, für die aufnehmende Hand, für die Mühlen, für die Bäcker, für die Industrie. Sie brauchen Qualität. Aber die hängt natürlich nicht nur vom Nitrat ab. Dieser Antrag reduziert die ganze Landwirtschaft einfach nur auf die Nitratdüngung.

Zu den drei Fragen, die in dem Antrag gestellt werden:

Wenn ich die wirtschaftlichen Schäden für die bayerische Landwirtschaft ausrechnen möchte, multipliziere ich von mir aus die Weizenfläche mal Hektar mal die Doppelzentner, die laut den Studien der schlechtere Ertrag sind, mal die Preise, und dann habe ich das. Ich glaube nicht, dass das Ministerium oder die Regierung etwas anders machen könnten.

Das Verursacherprinzip ist natürlich schon interessant. Es ist schon gesagt worden: Wir waren uns vor einigen Jahren einig, dass wir das Messstellennetz verdichten wollen. Meines Wissens ist die Zahl bis Ende des Jahres 2024 auf circa 1.500 Stellen, plus oder minus, erhöht worden. Das ist für mich die Grundlage, die Basis, damit wir da wirklich in der Zukunft gesicherte Daten bekommen.

Jetzt im Frühjahr, also im März, wird es eine deutsche Agrarministerkonferenz geben. Da treffen sich alle Länderminister, und sie werden uns auf der Grundlage dieser Daten dann einen Vorschlag unterbreiten. Ich bin mir ganz, ganz sicher, dass wir da einen Vorschlag finden werden, der auch von den Fachverbänden – das ist auch schon gesagt worden, dem Bayerischen Bauernverband etc. – angenommen wird. Da-

nach können wir die Sache ganz ruhig und sachlich angehen, zum Wohle unserer bayerischen Bauern.

Vier Wochen vor einer Bundestagswahl einen solchen Antrag im Plenum hochzuziehen, ist einfach ein bisschen billig; das hätte es zu später Stunde nicht gebraucht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht die Kollegin Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD fordert in ihrem Antrag, eine Studie in Auftrag zu geben, die die Belastungen der Landwirtschaft im Hinblick auf die roten und gelben Gebiete ermitteln soll. Dabei ignoriert sie bewusst die Fakten, weil wir ohne diese Maßnahmen täglich Strafzahlungen in Höhe von rund 800.000 Euro hätten leisten müssen.

In der Folge wurden rote und gelbe Gebiete definiert, in denen besondere Vorgaben bei der Düngung gelten. Es geht dabei nämlich nicht nur um die Landwirtschaft, sondern es geht um unser kostbares Trinkwasser und um unsere Zukunft. Übrigens haben wir als SPD einen sozial gerechten Vorschlag für einen Wassercents gemacht, der sehr viel sinnvoller als das noch immer nicht völlig schlüssige Konzept der Regierungsfraktionen ist.

Wir als SPD setzen uns seit Jahren für den Ausbau des Messstellennetzes ein, weil wir wissen, dass gute Politik auf belastbaren Daten basieren muss. Das weiß auch der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber, der den Koalitionsvertrag umsetzen und das Messstellennetz endlich ausbauen muss.

Apropos Umweltminister Thorsten Glauber: Dessen Chef, der stellvertretende Ministerpräsident, hat ja einmal seine ganz eigene Begründung für die hohen Nitratwerte geliefert. Erstoffene Ratten im Kanalnetz seien die Übeltäter. – Das Umweltministerium

hat mir dann einräumen müssen, dass das völliger Quatsch ist. An dieser Stelle gilt mein Mitgefühl dem armen Ministerialbeamten, der mir das erklären musste.

Liebe Bäuerinnen und Bauern, wir verstehen Ihre Sorgen. Es geht nicht darum, Sie zu gängeln, sondern darum, gemeinsam Lösungen zu finden. Wir wissen, dass unsere Landwirtinnen und Landwirten an 365 Tagen im Jahr dafür sorgen, dass wir mit Lebensmitteln versorgt werden. Danke an dieser Stelle für Ihre Arbeit! Nur mit nachhaltiger Landwirtschaft können wir künftige Generationen absichern. Wer Ihnen etwas anderes erzählt, betreibt Augenwischerei. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namenlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Genderverbot an bayerischen Schulen effektiv durchsetzen!", Drucksache 19/3326, bekannt. Mit Ja haben 26 gestimmt, mit Nein 117, Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)